



Werften in Not

Demonstration vor dem Landtag

Vor der Landtagssitzung am 10. März demonstrierten 1200 Werftarbeiter aus Wismar, Warnemünde, Stralsund und Wolgast mit Sympathisanten für die Verlängerung der Transfersgesellschaft, um somit langfristig die Werftstandorte zu retten.

Auch DIE LINKE beteiligte sich an diesem Protest. Es reicht nach Auskunft des Fraktionsvorsitzenden Helmut Holter nicht aus, »nur mit dem Finger auf den Unterneh-

mer zu zeigen«. DIE LINKE erinnert an die Verantwortung des Landes. Seine Fraktion will beantragen, die maritimen Standorte zu erhalten und strukturell weiterzuentwickeln. Die Partei zeigte geschlossen, dass sie für die Werftstandorte kämpfen wird. Vertreter der Bundestagsfraktion, der Landtagsfraktion, des Landesverbandes und mehrerer Kreisverbände demonstrierten Seite an Seite mit den Arbeitern.



Steffen Bockhahn, Martina Bunge und Helmut Holter inmitten der Demonstranten. Bild oben: DIE LINKE zeigt Flagge.



Geburtstagsgeschenk für »Die Platte lebt«

Ein schönes nachträgliches Geburtstagsgeschenk überreichte Helmut Holter dem Verein »Die Platte lebt« e.V. Seit einem Jahr ist der Verein wichtiger Bestandteil für das (Zusammen)Leben der Menschen in den Stadtteilen Großer Dreesch, Neu Zippendorf und Mueßer Holz. Für die gespendeten 250 Euro hat die Vereinsvorsitzende Hanne Luhdo schon eine konkrete Verwendung. Ein regel-

mäßiges »Treffen am Samowar« zur weiteren Pflege der Integration und des gegenseitigen Kennenlernens soll damit finanziert werden. Schließlich darf dies nicht an fehlenden finanziellen Mitteln scheitern. Diese und viele weitere Veranstaltungen finden im Stadtteiltreff »Eiskristall« statt – in Neu Zippendorf, Rostocker Straße 5. Der Treff ist täglich von 12 bis 19 Uhr geöffnet.

R.J.

Das Wort zum Monat

Von
PETER BRILL,
Vorsitzender
des Kreisvorstandes
Schwerin der Partei
DIE LINKE.



Zehn Jahre – das war's

Ja, die Zeit vergeht. Zehn Jahre scheinen eine lange Zeit, zurückblickend war sie kurz. Unsere Partei hat in dieser Zeit Höhen und Tiefen erlebt. Kurz nach Gera, als die PDS versuchte, sich von oben her selbst zu zerlegen, haben wir in Schwerin ordentlich und ruhig unsere Arbeit geleistet. Ruhig und sachlich, das war der Arbeitsstil innerhalb unseres Kreisverbandes in der Vergangenheit. Dabei sollten wir bleiben.

Nun haben wir wieder eine komplizierte Situation in unserer Partei und sie wird unübersichtlicher. Unser Beschluss zur Doppelbesetzung der Funktion des Bundesgeschäftsführers fand, wie in der letzten Ausgabe des »Offenen Blattes« zu lesen war, nicht bei jedem Mitglied des Kreisverbandes Zustimmung. Das ist normal. Das Schöne dabei ist, dass wir im Kreisverband offen über diese Dinge diskutieren und unsere unterschiedlichen Positionen achten. Diesen offenen und ehrlichen Umgang wünschte ich der gesamten Partei. Keine Scheingefechte um Personen, sondern faire Auseinandersetzung um die Sache. Der Kreisvorstand hat sich auch in seiner letzten Sitzung mit der gegenwärtigen Situation im Vorfeld des Rostocker Parteitagbeschlusses befasst. Ein Vorschlag für eine Mitgliederbefragung liegt auf dem Tisch. Dieser Vorschlag wurde durch den Kreisvorstand sehr stark kritisiert. Die Verknüpfung der drei Fragen nach der Doppelbesetzung von Bundesvorsitz, Bundesgeschäftsführung und Beauftragten für Parteibil-

dung ist nicht demokratisch. Das Mittel der Mitgliederabstimmung ist eingeführt worden, um die direkte Demokratie innerhalb der Partei zu stärken. Fragen unterschiedlicher Natur zu kombinieren verkehrt diesen Ansatz in das Gegenteil. Wie unser Landesvorsitzender richtig bemerkte, fehlt hier nur die Frage »Genosse, bist Du für den Weltfrieden?« Natürlich auch diese Frage in Kombination mit den anderen, dann wüsste wenigstens jedes Parteimitglied gleich, wie es zu stimmen hat. Nein, die Kombination dieser Fragen ist schlichtweg undemokratisch. Vor diesem Hintergrund hat der Kreisvorstand beschlossen, zur Teilnahme an der Mitgliederabstimmung aufzurufen. Eine Abstimmungsempfehlung gibt der Kreisvorstand allerdings nicht. Aus unserer Sicht ist die Form der Fragestellung nicht hilfreich. Zumal auch hier ein Vorbehalt in mir hoch kommt, wenn Oskar Lafontaine erklärt, dass er davon ausgeht, dass die Mitgliedschaft in der Urabstimmung die Personalvorschläge von Gregor Gysi unterstützt. Bisher dachte ich, dass es um die Frage der Doppelbesetzung der genannten Funktionen und die zugehörige Satzungsänderung geht. Der Parteitag ist das Wahlgremium.

Mittlerweile liegt eine weitere Initiative zu einer Mitgliederbefragung vor. Sie beinhaltet die gleichen Fragen. Der Unterschied besteht darin, dass jede Frage einzeln beantwortet werden kann. Unter www.mitgliederentscheiden.de kann man diese Initiative unterstützen. Laut unserer Satzung benötigt diese Initiative 5000 Unterschriften. In Umsetzung der Diskussion im Kreisvorstand habe ich diese Initiative bereits unterstützt. Wer es ebenfalls tun möchte, kann dies tun. Jedem steht dies frei. In einer demokratischen Partei ist dies nichts Ungewöhnliches. Schade nur, dass die Initiativen jetzt sprießen und die Bundesebene unserer Partei den Ereignissen hinterherläuft. Mit dem Parteitag in Rostock wird sich das hoffentlich ändern und wieder Ruhe in die Partei einziehen.

Wichtig ist auch, dass die Programmdebatte voran kommt. Das »Neue Deutsch-

land« hat nun begonnen, zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, jeden Montag ein Schwerpunktthema aufzugreifen. Eine gute Initiative, die auch hilfreich für die Partei sein könnte. Und wer kein ND-Leser ist, der kann das ND für zwei Monate im Probeabo bestellen, dann hat er auch eine gute Diskussionsgrundlage und für zwei Monate eine interessante Zeitung im Briefkasten.

Zehn Jahre ist es her. Da hat mich eine Kreisdelegiertenkonferenz zum ersten Mal zum Vorsitzenden gewählt. Ich danke für dieses Vertrauen. Zehn Jahre hatte ich die Ehre (ein Vergnügen war es bei weitem nicht immer), diesen Kreisverband zu leiten. Den Kreisverband der Landeshauptstadt Schwerin. Nicht ohne Stolz stelle ich fest, dass wir die letzten vier Wahlen in der Stadt gewonnen haben. Nicht ohne Stolz stelle ich fest, dass wir eine Fraktion in der Stadtvertretung haben, die, personell erneuert, Kompetenz und Jugend in sich vereint. Nicht ohne Stolz stelle ich fest, dass wir einen Kreisparteitag haben, der die Zusammensetzung unseres Kreisverbandes widerspiegelt. Nicht ohne Stolz stelle ich fest, dass wir im letzten Jahr erstmalig keinen Mitgliederverlust im Kreisverband hatten. All dies sind gute Fakten, die mich beruhigt die Arbeit an meinen Nachfolger abgeben lassen. Aber nein, ich bin nicht nur stolz auf das Erreichte. Ich bin Euch allen dankbar. Denn ohne das Zutun aller wären diese Erfolge nicht möglich gewesen. Somit bedanke ich mich bei den Mitgliedern des Kreisverbandes für die in den letzten zehn Jahren geleistete Arbeit. Gemeinsam haben wir viel erreicht. Diese Prozesse in den letzten Jahren zu führen, war eine Herausforderung, die wir gemeinsam gemeistert haben. In diesem Sinne danke ich Euch allen.

An dieser Stelle nur ein Versprechen. Auch in Zukunft werde ich mich in unserer Partei und in unserem Kreisverband engagieren. In diesem Sinne kann ich nur sagen: Das war's! Aber das war trotzdem lange noch nicht alles!
Mit solidarischen Grüßen

20 Jahre + X: Zeit zur kritischen Geschichtsbetrachtung

Als ich 1987 im Heimatkundeunterricht etwas über die Nationale Front gelernt habe, kam auch die CDU vor. Wenn diese Partei in diesen Tagen ihren 20. Geburtstag feiert, dann sind die Grundrechenarten außer Kraft gesetzt. In jedem Fall sind vermeintlich 20-Jährige in der Lage sich kritisch mit der eigenen Geschichte

zu befassen. Das sollte die CDU endlich tun. Es haben viele Mitglieder der CDU heute Funktionen, die auch vor dem 3. März 1990 aktiv waren. – Und sei es als FDJ-Funktionäre...

Steffen Bockhahn,
Landesvorsitzender

Die ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG lädt ein

Donnerstag, 8. April 2010, 18.00 Uhr,
Schleswig-Holstein-Haus – Puschkinstraße 12, 19053 Schwerin

Prof. Dr. Heinrich Fink »Flucht und Vertreibung«

In dem Vortrag geht es um die Auseinandersetzung mit der »Stiftung Flucht, Verständigung, Versöhnung« und um das dazu im Dezember 2008 im Deutschen Bundestag verabschiedete Gesetz. Es wird der Einfluss des Bundes der Vertriebenen aufgezeigt und der Streit um ihre Präsidentin Erika Steinbach. Es geht um die Umdeutung der Geschichtspolitik und ihre Folgen für das Verhältnis zu den osteuropäischen Nachbarn.

Auf dem richtigen Gleis

Ein Jubiläum rollte am 4. März durch Schwerin. Zum zehnten Mal fuhr die Frauen-Power-Bahn, eine von dem Schweriner Frauenbündnis mit seinen 30 Akteurinnen und Akteuren sowie von der Gleichstellungsbeauftragten der Landeshauptstadt gecharterte Straßenbahn unter dem Motto »Frauen auf dem



richtigen Gleis« durch die Stadt. Auf der kostenlosen Fahrt informierten Vereine und Verbände über ihre Arbeit, aber auch über die Probleme von Frauen in der Gesellschaft. »Auch wenn wir mit der Power-Bahn-Aktion demonstrieren, dass »Frauen auf dem richtigen Gleis« sind, sind wir noch nicht am Ziel einer tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter«, so Helmut Holter. In vielen gesellschaftlichen Bereichen würden Frauen immer noch diskriminiert. »Es müssen endlich auch von Seiten der Politik konkrete Maßnahmen erfolgen, herrschende Missstände zu beseitigen«, betonte Holter.



Sozialministerin Manuela Schwesig, Helmut Holter und die Parlamentarische Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung Dr. Margret Seemann sprachen zu den Frauen

Spekulant attackieren Griechenland. Dem Land droht der Staatsbankrott. Wo liegen die Ursachen der griechischen Tragödie? Sicher: In Griechenland herrscht Korruption und der Staatshaushalt wurde manipuliert. Nebenbei: Die US-Bank Goldman Sachs hat dabei auch noch geholfen. Außerdem drücken sich Besserverdienende, Unternehmer und Reiche vor dem Steuerzahlen. Die tatsächlichen Steuern auf Gewinne und Vermögen in Griechenland entsprechen nur der Hälfte der Eurozone. Etwa 30 Milliarden Euro werden jährlich an Steuern hinterzogen.

Vor allem aber: Griechenland hat seine Wettbewerbsfähigkeit verloren. Seit Jahren wird weniger exportiert als das Land importiert. Von 2000 bis 2008 summiert sich das Außenhandelsdefizit auf rund 270 Milliarden Euro. Handelsdefizite führen zu steigender Staatsverschuldung. Wenn sich Unternehmen und private Haushalte im Ausland immer mehr verschul-

Eine griechisch-deutsche Tragödie

den, haftet am Ende der Staat. Sinkende Steuereinnahmen zerrütten die Staatsfinanzen. In Griechenland sind gegenwärtig die Probleme am größten, aber auch in Spanien und Irland sind die Außenhandelsdefizite massiv angestiegen. Diese Defizite sind das Spiegelbild des deutschen Außenhandelsüberschusses, der seit 2000 auf über eine Billion Euro gewachsen ist.

Für die Wettbewerbsfähigkeit ist neben den Löhnen die Steigerung der Produktivität entscheidend. Die Ökonomen fassen beides in den Lohnstückkosten zusammen. In den letzten zehn Jahren sind sie in allen Ländern der Euro-Zone um 20 bis 30 Prozent gestiegen, in Griechenland um 28 Prozent. Nur in Deutschland lag der Anstieg gerade einmal bei sieben Prozent!

Dieser geringe Anstieg geht vor allem auf das deutsche Lohndumping zurück. Reale Lohnsenkungen gab es im letzten Jahrzehnt nur in Deutschland. Früher konnten sich andere Länder durch Abwertung des deutschen Druckes erwehren.

Mit der gemeinsamen Währung des Euros ist dies nicht mehr möglich. Sie sind dem Exportjunkte Deutschland ausgeliefert.

Das deutsche Lohndumping hat einen Namen: Agenda 2010 mit Befristungen, Lohndumping, Mini-jobs und Hartz IV. So wurde hierzulande nicht nur der Sozialstaat mit Füßen getreten, sondern auch den Unternehmern eine Streitaxt zur Eroberung ausländischer Märkte in die Hand gegeben. Heute führt der Druck der deutschen Unternehmer zur Zerrüttung ande-

rer Volkswirtschaften. Auch deshalb muss die Agenda 2010 weg. Wenn die Kanzlerin mit einem Finger auf Griechenland zeigt, dann zeigen vier Finger auf die deutsche Wirtschaftspolitik zurück. Wenn Griechenland jetzt in Sozialabbau getrieben wird, dann wird dies die Wirtschaftskrise vertiefen. Der Widerstand der Griechen verdient unsere Solidarität. Die deutsche Regierung zockt. Sie erklärt, dass sie nicht hilft. Sie will den Druck auf Griechenland weiter erhöhen. Wenn die Regierung diesen Kurs nicht rechtzeitig ändert, rutscht Griechenland in den Staatsbankrott.

Spekulant werden weitere Länder wie Spanien und Portugal attackieren. Dann wackelt nicht nur die Akropolis, sondern der Euro. Längst geht es nicht mehr nur ums Geld, sondern um die Zukunft der Europäischen Union und des Friedens in Europa.

Michael Schlecht,
MdB Die LINKE

Blumen für die Frauen

DIE LINKE überreicht Blumen zum Internationalen Frauentag



In der Kindertagesstätte Gillhoffstraße

Eine nette Überraschung hatte sich DIE LINKE zum 8. März ausgedacht. In Krebsförden besuchten der Vorsitzende der Stadtteilorganisation Wolfgang Kunze und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Henning Foerster verschiedene Einrichtungen.

Am Anfang stand der Mietertreff der WGS, wo sich Rentnerinnen über den Blumengruß freuten und über ihre Sorge zur Zukunft der Einrichtung sprachen. Wieder einmal ist die Zwei-Jahres-Befristung für die Betreuerin abgelaufen. Die größtenteils über 80-jährigen Besucher

möchten jedoch ihren Anlaufpunkt im Wohngebiet nicht verlieren.

Es folgte die Kindertagesstätte in der Gillhoffstraße. Vor den Augen der staunenden Kleinen, von denen manche erklärten, sie seien auch Frauen, übergaben die Vertreter der Partei DIE LINKE rote Nelken an die Erzieherinnen und informierten sich zur aktuellen Situation. Besonders interessant waren Informationen zur aktuellen Auslastung und zum Sonderangebot der verlängerten Öffnungszeiten, die mittlerweile gut angenommen werden. Mehr Personal, vor allem junge Erzieherinnen, würden sie sich manchmal wünschen, so die Kolleginnen.

Den Abschluss bildete ein Besuch des Stadtteiltreffs und der Tauschbörse. Letztere freut sich über jede Spende, egal ob Sachen oder Geld. Demnächst soll ein Bücherzimmer eingerichtet werden, wo man entweder Titel tauschen oder auch ausleihen kann. »Wir freuen uns über das haupt- und ehrenamtliche Engagement der Frauen im Wohngebiet. Über alle Generationen leisten sie eine wertvolle Arbeit, die unsere Wertschätzung verdient hat«, sagt Henning Foerster, Fraktionsvize der Partei DIE LINKE in der Stadtvertretung.

Starke Frauen für das Stadtjubiläum



Frauentagskaffeeeklatsch im Schleswig-Holstein-Haus

Zum diesjährigen Frauentagskaffeeeklatsch hatte Angelika Gramkow gleich zwei Frauen in wichtigen Positionen in der Stadt eingeladen: die Geschäftsführerin der Stadtmarketing Martina Müller und die Koordinatorin der Stadtverwaltung für die 850-Jahrfeier Sabine Steinbart. Im Schleswig-Holstein-Haus lauschten in gemütlicher Runde knapp 40 Frauen und einige vereinzelt Männer den spannenden Lebensläufen der beiden Frauen. Viele Hintergrundgeschichten und Ausblicke auf den Festumzug und den Schweriner Gartensommer wurden den Gästen gewährt. Die Vorfreude auf die Festwochen konnten die Gäste des Kaffeeklatsches mitnehmen, um sie in der ganzen Stadt und darüber hinaus verbreiten zu können.

Kubanische Ärzte helfen

Seit Jahrzehnten sind kubanische Ärzte im internationalistischen Einsatz in vielen Ländern der Welt. Gegenwärtig stellt Kuba weltweit mehr medizinisches Personal als alle Hilfsprogramme der WHO. Darüber hinaus ist das Land stets bereit, zusätzliche Ärztebrigaden zu entsenden, wenn z.B. Hilfe nach Naturkatastrophen notwendig ist. Gleichzeitig unternimmt Kuba alles, um die beispielhafte medizinische Versorgung der eigenen Bevölkerung zu gewährleisten. Vorrang beim Transport unserer materiellen Spenden nach Kuba hatten und haben Spendengüter für den medizinischen Bereich. Gerade jetzt benötigt Kuba diese Unterstützung in besonderem Maße.

Cuba sí

AG in der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon: 030-24 009-455, -456
Fax: 030-24 009-409
E-Mail: berlin@cuba-si.org
Internet: www.cuba-si.org

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!

Mit Spenden für die Cuba Sí-Solidaritätskampagne »Kuba muss überleben« helfen Sie uns, dringend benötigte Güter nach Kuba zu transportieren und unsere nachhaltige Projektarbeit langfristig abzusichern.

Sonderspendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí: Nr. 4382 210 000, Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00, VVZ: „Kuba muss überleben“

Liebe Freunde, wenn Ihr helfen wollt, könnt Ihr auch Spendenlisten in unserer Geschäftsstelle abholen. Darum bittet Euch Eure AG Cuba sí, Schwerin.



Die VVN-BdA trauert um Jupp Angenfort

Er war einer der letzten überlebenden Mitglieder des Nationalkomitees Freies Deutschland und der Führung der KPD. Als Vorsitzender der FDJ Westdeutschlands wurde er für viele Jahre in der Adenauer-Ära eingesperrt. In den letzten beiden Jahrzehnten war Jupp in der Leitung der VVN/BdA tätig.

*

Aus seinem Leben: März 1953: In Duisburg wird ein Landtagsabgeordneter in ein Auto gezerrt und verschleppt. Seine Verfolger sind Karlsruher Staatsanwälte. Sie stecken ihn mehr als fünf Jahre ins Zuchthaus. Zwar werden ihm keine Verbrechen oder Vergehen nachgewiesen. Die Behauptung genügte, er wolle »Hochverrat« begehen und ein »bolschewistisches Gewaltregime« errichten. Aus dem Krieg war der junge Düsseldorfer Katholik Josef Angenfort mit dem Schwur »Nie wieder Krieg und Faschismus« heimgekehrt. Er wurde Bundesvorsitzender der FDJ und KPD-Politiker. Und prominentestes Opfer der heute aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängten bundesdeutschen politischen Justiz des Kalten Krieges. Zehntausende aus FDJ und KPD und andere Linke wurden für ihre Gesinnung, ihr Eintreten für Frieden und die Wiedervereinigung eingesperrt. Jupp, wie ihn seine Genossen nennen, schildert auf einer DVD seinen Weg vom Kriegsgefangenen, der fürchtete, von den Sowjets erschossen zu werden, zum antifaschistischen Aufklärer unter deutschen Soldaten. Zum Mitglied des »Nationalkomitees Freies Deutschland«. Er schildert seinen Fluchtweg aus der Haft in München-Stadelheim, seine Rückkehr nach Düsseldorf, erneute Haft und Freilassung nach der Kampagne: »Jagt die braunen Richter fort – Freiheit für Jupp Angenfort«. Bis heute ist er dabei geblieben – in der Friedensarbeit und in seiner VVN.

Am Samstag, dem 13. März 2010, um 2 Uhr morgens ist Jupp Angenfort in Düsseldorf verstorben.

ANTRAG der Basisorganisation »Aufbruch LINKS« des Kreisverbandes DIE LINKE Schwerin an den Kreisparteitag des Kreisverbandes DIE LINKE Schwerin am 27. 3. 2010

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der auf dem Kreisparteitag neu gewählte Kreisvorstand wird beauftragt, sich mit dem Thema »Bedingungsloses Grundeinkommen« auseinanderzusetzen und diese Thematik in die Veranstaltungen zur Programmdiskussion einzubeziehen. Alle an der programmatischen Diskussion interessierten Mitglieder des Kreisverbandes DIE LINKE Schwerin sollen objektiv in die Lage versetzt werden, über die Chancen eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Menschen und die damit einhergehende umfassende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse als leitendes politisches Ziel im Parteiprogramm zu befinden.

Begründung:

Die Basisorganisation »Aufbruch LINKS« hat sich seit ihrer Gründung vor einem Jahr wiederholt für die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens eingesetzt. Wir melden uns damit am Beginn der Diskussionen für ein neues Parteiprogramm zu Wort.

Es geht um die Idee eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels: die Gewinne einer hoch entwickelten Wirtschaft und den auf dieser Grundlage angesammelten gesellschaftlichen Reichtum mittels einer grundsätzlichen finanziellen Absicherung an alle Menschen zu verteilen. Dieses Grundeinkommen muss deutlich über dem Existenzminimum liegen, Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ermöglichen und durch Erwerbseinkommen aufgestockt werden können.

Wir sind überzeugt, dass ein solches Konzept allein dem erreichten Stand der gesellschaftlichen Entwicklung entspräche: einer Wirtschaft von hoher und weiter zunehmender Produktivität, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nur einen immer kleiner werdenden Teil der erwerbsfähigen Menschen benötigt.

Wir sind weiter überzeugt, dass das Ziel einer Gesellschaft freier und solidarisch handelnder Menschen und sozialer Gerechtigkeit auf keinem anderen Wege als diesem erreicht werden kann. Und wir sind schließlich überzeugt, dass dies eine neue soziale Idee ist, für die wir uns wünschen, dass eine auf die Traditionen sozialer Kämpfe gegründete Partei bei der programmatischen Ausgestaltung dieser neuen sozialen Idee vorangeht.

Dem bedingungslosen Grundeinkommen stehen heute unterschiedliche repressive Grundsicherungskonzepte wie Hartz IV oder das FDP-Bürgergeld gegenüber. Diese Grundsicherungskonzepte versperren die Sicht auf den wirklichen Charakter des bedingungslosen Grundeinkommens und verfestigen das neoliberale Denken. Parteien, die derartige Grundsicherungskonzepte anbieten, bekommen das Gütesiegel, demokratisch zu sein, während die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens als naiv, utopisch und nicht finanzierbar hingestellt wird. Deshalb trifft das bedingungslose Grundeinkommen auch auf viel Skepsis und grundsätzliche Abwehr.

Doch viele Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei befürworten bereits die Grundidee des bedingungslosen Grundeinkommens. Es wird gegenwärtig unterschiedlich stark in allen politischen Parteien diskutiert, vor allem aber in der

globalisierungskritischen Bewegung als Alternative gesehen. Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens wurzelt historisch nicht in neoliberalen, sondern in solidarischen Denken. Vor allem aber entspricht der von einem bedingungslosen Grundeinkommen zu erwartende gesellschaftliche Wandel den Zielen linker Politik. Bei Befürwortern wie bei Gegnern dieses Konzepts steht oft der Aspekt einer Befreiung des Menschen vom Zwang zur Erwerbsarbeit im Vordergrund. Das schätzen auch wir nicht gering. Für uns stehen jedoch strukturelle Auswirkungen im Vordergrund, die ihrerseits das Bewusstsein der Menschen verändern werden. Im Folgenden seien fünf dieser möglichen strukturellen Auswirkungen genannt, die wir für besonders wichtig halten:

1. Das bedingungslose Grundeinkommen führt zu einem annähernd ausgeglichenen Arbeitsmarkt. Die Zahl der Arbeitsuchenden sinkt, auch infolge eines zunehmenden Interesses an selbstständiger Erwerbstätigkeit, Teilzeitarbeit oder vorübergehender Beschäftigung, und wird dem Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft entsprechen. Alle nicht abhängig Beschäftigten sind auf einem wesentlich höheren Stand als heute finanziell abgesichert. Massenhafte Arbeitslosigkeit mit ihren verheerenden Folgen für den Einzelnen und für die Allgemeinheit wird so verhindert.

2. Die Arbeitsbedingungen in den Betrieben verbessern sich. Bei den Arbeitnehmern sinkt die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, weil er nicht zu drastischen Einschränkungen in der Lebenshaltung führt; bei den Arbeitgebern steigt das Interesse, Arbeitskräfte nicht zu verlieren, weil auf einem ausgeglichenen Arbeitsmarkt Ersatz schwerer zu finden ist. Ihre Bereitschaft, betriebliche Mitbestimmung zu gewähren und auf Wünsche der Arbeitnehmer etwa bezüglich der Arbeitszeit einzugehen, wird wachsen.

3. Das bedingungslose Grundeinkommen kann eine massive Vermögensverschiebung von oben nach unten bewirken. Heute befinden sich die Vermögen ganz überwiegend in der Hand einer verhältnismäßig kleinen Zahl Reicher, vielfach von Millionären und Milliardären, mit steigender Tendenz. Sie werden einen guten Teil ihres Reichtums, vor allem auch ihres arbeitslosen Einkommens, für die Finanzierung des Grundeinkommens einsetzen müssen. Auf der anderen Seite wird die Zahl derer, die Vermögen bilden können, weil ihr Einkommen den Lebenshaltungsbedarf übersteigt, wieder deutlich zunehmen. Diese Verschiebung verändert Macht und Einflussmöglichkeiten für mehr Demokratie.

4. Gestärkt wird die Kaufkraft der Bevölkerung, da das Einkommen der meisten Menschen steigt. Die Menge des umlaufenden Geldes nimmt zu, der Binnenmarkt wird belebt, eine zu starke Exportorientierung der Wirtschaft wird reduziert. Auch die Bereitschaft, Geld für gemeinnützige Zwecke zu spenden, wird zunehmen.

5. Der Personalkostenanteil an den Produktionskosten wird allgemein erheblich sinken. Zum einen entfallen die meisten, eventuell alle, Lohnnebenkosten, weil das Grundeinkommen nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis und aus dem Arbeitsleben weiter gezahlt wird und so den Lebensunterhalt sichert. Zum anderen ist in manchen Berufen auch mit einem Sinken des tariflichen oder individuell vereinbarten Lohnes zu rechnen. Das begünstigt vor allem Unternehmen mit einem hohen Personalkostenanteil wie beispielsweise Kommunen und gemeinnützige Unternehmen, die den Hauptanteil der Aufwendungen für Erziehung, Pflege und öffentliche Sicherheit tragen. Sie werden diese Bereiche deutlich ausbauen und verbessern, auch weitere Stellen schaffen können. Bei anderen Unternehmen führt dies, soweit sie in marktwirtschaftlichem Wettbewerb stehen, zu einer Preissenkung. Jedoch können und müssen hier Wege gefunden werden, dass die Kostenreduzierung nicht zu einer unangemessenen Bereicherung der Unternehmenseigner führt.

Mit dem Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens konkurrieren verschiedene andere Vorstellungen, wie die Zukunft bewältigt werden kann. Keine von ihnen führt zu dem beschriebenen Wandel. Das bedingungslose Grundeinkommen ist ihnen weit überlegen. Eine Rückkehr zum Ziel der Vollbeschäftigung kann es nicht geben, weder durch eine gewaltige Steigerung der Produktion, wie es Neoliberalen vorschwebt, noch durch eine drastische Reduzierung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Auch ein Einsatz staatlicher Steuerungselemente wie Subventionen oder die Schaffung eines weiteren, öffentlichen Produktionssektors führt nicht in die Zukunft. Wir müssen und wollen akzeptieren, dass eine hoch produktive Wirtschaft in Zukunft mit immer weniger menschlicher Arbeitskraft auskommen wird, und wir müssen uns deshalb dringender denn je der Frage nach der Verteilung ihrer produzierten Waren zuwenden. An der gestiegenen Produktivität alle Menschen zu beteiligen, und nicht nur eine kleine Gruppe, ist die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens. Es ist, davon sind wir überzeugt, die neue soziale Idee. Deshalb müssen wir Linken sie vorantreiben. Wer, wenn nicht wir? Und wann, wenn nicht jetzt?

Kreisparteitag der Partei DIE LINKE Schwerin einberufen

Am 27. März 2010 ab 10.00 Uhr findet in der Gaststätte »Ritterstuben« der Kreisparteitag der Partei DIE LINKE Schwerin statt.

Zur Wahl stehen unter anderem ein neuer Kreisvorsitzender und ein neuer Kreisvorstand. Nach zehn Jahren im Amt kandidiert Genosse Peter Brill nicht mehr für das Amt des Kreisvorsitzenden.

Zu wählen sind auch die Vertreter Schwerins zur Vertreterversammlung, die wiederum dann am 9. April 2010 die Delegierten zum Bundesparteitag in Rostock wählen.

Gäste sind unter anderem Genosse Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer, Helmut Holter, Fraktionsvorsitzender, Angelika Gramkow, Oberbürgermeisterin, und Gerd Böttger, Fraktionsvorsitzender der Linken in der Stadtvertreterversammlung.

Gäste sind jederzeit willkommen und ausdrücklich erwünscht.

Heiße Debatten und viel Beratungsbedarf

Stadtvertretung traf zur Februarsitzung zusammen

Zunächst hatten die Stadtvertreter der Fraktion DIE LINKE und ihre Kollegen noch einige Punkte aus der Januarsitzung zu beraten. Dort hatte die Debatte um Haushalt und Haushaltskonsolidierungskonzept dominiert und damit wenig Raum und Zeit für weitere Themen gelassen.

Risikokinder Informationsdatei

Der Antrag von CDU und FDP zur Einrichtung einer solchen Datei wurde zur Beratung in die Fachausschüsse verwiesen. Das Ziel durch Kooperationen mit Kinder- und Jugendärzten dem Missbrauch von Kindern und seiner Vertuschung durch ständigen Ärzteswechsel entgegenzutreten, ist ein grundsätzlich positiver Ansatz. Vorher müssen jedoch datenschutzrelevante Aspekte diskutiert werden. Zudem gäbe es einen wortgleichen Antrag aus der Kieler Ratsversammlung, so dass die Ergebnisse der dortigen Diskussion bereits in Schwerin berücksichtigt werden sollten, so Peter Brill, der den Antrag für unsere Fraktion beantwortete.

Integrationsmonitoring soll Integrationserfolge messbar machen

Michael Strähnz sprach sich im Namen unserer Fraktion dafür aus, die Diskussion in den Ausschüssen fortzusetzen und zu vertiefen. Mit einem solchen Papier sollen künftig konkrete Integrationserfolge messbar gemacht werden. Allerdings gibt es bereits einen Beschluss der Stadtvertretung aus dem letzten Jahr, der auf Erkenntnissen einer Studie der Universität Rostock fußt. Woher das Geld für die geforderte neue Studie kommen soll, ließ die antragstellende Fraktion CDU/FDP offen.

Kontrolle zu Gehwegreinigungspflicht

Der Antrag der Unabhängigen Bürger zielte darauf, dass die Stadt ihre Sanktionsmöglichkeiten bei fehlender Schneeberäumung nutzt. In den vergangenen Wochen hatte es zahlreiche Beschwerden von Schweriner Bürgerinnen und Bürgern gegeben. OB Angelika Gramkow informierte über 94 eingeleitete Bußgeldverfahren in der Landeshauptstadt. Der Antrag wurde zurückgezogen.

Voraussetzungen für Bau eines Golfplatzes schaffen

Ebenfalls in die Fachausschüsse verwiesen wurde dieser CDU/FDP-Antrag. In einer kontroversen Debatte wurden die touristischen und wirtschaftlichen Potenziale unterschiedlich bewertet. Während CDU/FDP-Vertreter die Chancen einer solchen Investition betonten, gab es auch viele kritische Stimmen. Vor allem die Lage in Medewege am Ziegelaußensee, einem Gebiet, das gern und viel zu Erholungszwecken genutzt wird und zudem auch die Beachtung naturschutzrechtlicher Aspekte erfordert, rief die Kritiker anderer Fraktionen auf den Plan. Zudem stellt sich die Frage, ob Schwerin mit seiner sozialen Struktur wirklich das optimale Gebiet zur Ansiedlung des »weißen Sports« darstellt.

Aktives Verwaltungshandeln zur Schaffung einer Obdachlosenunterkunft

Da der Vertrag am aktuellen Standort in der Anne-Frank-Straße zur Jahresmitte ausläuft und das Gebäude anschließend abgerissen werden soll, braucht es eine Alternative für die Betroffenen. Dabei geht es nicht nur um die künftige Unterbringung, sondern auch um den Leistungsumfang. Standardmäßig sind derartige Unterkünfte meist Nachtsytle, in Schwerin werden die Betroffenen jedoch auch am Tag betreut und mit Grundnahrungsmitteln versorgt. Dem Antrag der Bündnisgrünen schloss sich unsere Fraktion an, auch um den Druck auf die Verwaltung und den zuständigen Dezernenten Niesen (SPD), zu einer Lösung zu kommen zu erhöhen.

Tarifstruktur im öffentlichen Nahverkehr überarbeiten

Als typisch »Hornschen Populismus« bezeichnete Fraktionschef Gerd Böttger den Antrag der Unabhängigen Bürger. Er verkenne völlig, dass die Stadtvertretung vor Jahren beschlossen habe, die Tarifhöhe an den Aufsichtsrat des Schweriner Nahverkehrs abzugeben. Natürlich sei die Prüfung der formulierten Inhalte möglich, allerdings gelte auch in Zukunft, dass »wer die Musik bestelle, anschließend auch zahlen müsse. Wer also eine Überarbeitung der Tarifstruktur wolle, müsse konsequenterweise auch die Tarifhöhe zurückholen.« Der Antrag wurde

zur Beratung in die Fachausschüsse verwiesen.

Symbolisches Zeichen gegen den Klimawandel setzen

Einem interfraktionellen Antrag schloss sich unsere Fraktion an. Der Bürgermeister unserer schwedischen Partnerstadt hatte darum gebeten, dass auch Schwerin am 27. März von 20.30 Uhr bis 21.30 Uhr das Licht ausschaltet, um gemeinsam mit Millionen Menschen weltweit ein Zeichen gegen den fortschreitenden Klimawandel zu setzen. Earth Hour ist die weltweit größte symbolische Klimakundgebung, die ihren Ursprung in Sydney fand. Eine Stadt mit 2,2 Millionen Menschen meldete sich zunächst durch ihre Lichtschalter zu Wort, im März 2009 haben Hunderte Millionen Menschen in mehr als 4000 Städten in 88 Ländern der Welt offiziell ihr Licht abgeschaltet.

Kulturförderabgabe für Hotellerie

Die SPD-Fraktion möchte eine Satzung zur Erhebung einer kommunalen Kulturförderabgabe erarbeiten lassen. Ein solches Vorgehen ist in einigen deutschen Städten, so in Weimar, bereits Realität. Damit sollen die Einnahmeausfälle aus dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz teilweise ausgeglichen werden, welches zu einer Senkung der Mehrwertsteuer auf Übernachtungen von 19 Prozent auf 7 Prozent geführt hatte. Ob eine solche Abgabe tatsächlich 5 Prozent der Nettoeinnahmen betragen oder nicht besser gestaffelt nach Bettenzahl und Größe erhoben werden sollte, müssen jetzt die Fachausschüsse klären. Für die Linke erklärte Fraktionschef Gerd Böttger, dass es »keine Denkverbote in Zeiten klammer Kassen« geben dürfe. OB Angelika Gramkow will im Zuge der weiteren Diskussion auch rechtliche Aspekte und Alternativen (Fremdenverkehrsabgabe) prüfen lassen.

Nutzung des solaren Potenzials von Schwerin forcieren

Die Anstrengungen zur Nutzung des solarwirtschaftlichen Potenzials von Dachflächen in Schwerin zu forcieren, war Inhalt eines Antrages, den der stellv. Fraktionsvorsitzende Henning Foerster einbrachte. Anders als frühere Anträge zielt er auf ein ergänzendes Angebot für interessierte Bürger.

Mittels einer online abrufbaren interaktiven Stadtkarte soll künftig jeder Bürger/Hauseigentümer erkennen können, ob sein Dach geeignet ist, wie viel Quadratmeter Modulfläche installierbar sind und mit welchem Stromertrag er rechnen kann. Mit Sonderprojekten ermitteln bereits andere deutsche Städte erfolgreich die jährliche Sonneneinstrahlung auf ihren Gebäuden. Die Stadtvertretung folgte dem Ansinnen und beschloss den Antrag.

Rückzahlungsforderungen der ARGE zu Kindergeldzahlungen

Bereits im Vorjahr hatte unsere Fraktion kritisiert, dass von der Kindergelderhöhung wieder überproportional die gut situierten Familien profitieren, während Kinder in Hartz IV Familien durch die Anrechnung auf den Regelsatz leer ausgehen. Dass 2010 dann allerdings massenhaft fehlerhafte Bescheide herausgingen und nun per Rückforderung das Geld wieder eingetrieben werden kann, ist skandalös. Erika Sembritzki machte für unsere Fraktion auch auf den größeren Zusammenhang aufmerksam. 14 Prozent der deutschen Bevölkerung leben in Armut. Und die Kosten für die Rückholaktion würden teurer ausfallen, als das Geld bei den Betroffenen zu belassen. Bereits in der Sitzung antwortete OB Angelika Gramkow, dass von den Rückforderungen mehr als 4000 Kinder betroffen sind.

Tempo-30-Zone, Verkehrsberuhigung, Straßenzustand und umzäunter Verwehrplatz für Falschparker

Beschlossen haben die Stadtvertreter Anträge zur Prüfung der Verkehrsberuhigung in der Alexandrinenstraße im Rahmen der vorgesehenen Rekonstruktion und eine Bestandsaufnahme zum Zustand der Schweriner Straßen. Letztere sind infolge des harten Winters z.T. in einem bemitleidenswerten Zustand. OB Angelika Gramkow soll eine Bestandsaufnahme liefern und zu notwendigen Investitionsmaßnahmen berichten. In die Fachausschüsse überwiesen die Stadtvertreter Anträge zur Einrichtung einer Tempo-30-Zone im Bereich Mühlenscharm (Neumühle) und zur Schaffung eines umzäunten Verwehrplatzes für falsch geparkte Fahrzeuge in der Landeshauptstadt.

Henning Foerster

Junge Fraktion diskutiert mit Helmut Holter linke Entwicklungsstrategien für MV 2020+

Zu einer Diskussionsrunde hatte der Fraktionsvorsitzende im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Helmut Holter, am 24. Februar 2010 die Mitglieder der Jungen Fraktion geladen. Thema war die Diskussion über eine Vision für das Land in den Jahren 2020 bis 2030. Das Strategiepapier einer Arbeitsgruppe enthält durchaus revolutionäre Denksätze. Unter anderem wird ausgeführt, dass die neoliberale Wachstumsphilosophie durch neue Inhalte, z.B. Lebensqualität, abgelöst werden muss. So liegt die Erwerbsquote im Jahre 2010 auf dem Niveau des Jahres 1991.

Das Arbeitsvolumen liegt mit 56 Mrd. Stunden auf dem Niveau von 1961, nur dass sich heute nicht ganz die doppelte Zahl von Menschen darum bewirbt. Die Produktivität stieg von 1997 bis 2007 schneller als das Wachstum, die Ergebnisse dieses Prozesses kommen jedoch bei Arbeitern und Angestellten nicht an. Durch stagnierende Reallöhne kann die Überproduktion im Binnenland nicht abgesetzt werden, da bleibt nur der Export. Und dort konkurriert

man mit den anderen Industrienationen und den Schwellenländern, die alle denselben Ansatz verfolgen. Infolge dessen werden natürliche Ressourcen nicht geschont, sondern vernichtet. Die parlamentarische Demokratie hat ebenfalls ein Problem. Obwohl beispielsweise die Mehrheit der Deutschen gegen den Bundeswehreinmarsch in Afghanistan, gegen die Rente mit 67 und für einen gesetzlichen Mindestlohn ist, negieren die regierenden Kreise dies und treffen andere Entscheidungen. Dies führt zu Politikverdrossenheit und Resignation.

Soweit die Analyse. Wo liegen nun die Lösungsansätze? Die Teilnehmer der Diskussion pflichteten der Arbeitsgruppe bei, dass der Mensch mit seinen Bedürfnissen an politischer Teilhabe, Autonomie und Verbesserung der Lebensqualität in den Mittelpunkt gestellt werden müsse. Entscheidungen sollten, soweit es möglich ist, auf den unteren Ebenen (Region/Kommune) getroffen werden, dort wo sie unmittelbare Auswirkungen auf das Lebensumfeld der Betroffenen entfalten.

Neben den Wandel von Industrie- zur unternehmensbezogenen Dienstleistungsgesellschaft sollte eine Neuausrichtung auf personenbezogene Dienstleistungen treten. Hier gäbe es Ansätze in den klassischen Non-Profit-Bereichen Gesundheit, Kultur, Freizeit, Erziehung, Sport und Betreuung. Daneben gibt es weitere Bereiche mit Potenzial, so Handel, Medien und Wohnen. Die älter werdende Gesellschaft bietet auch Chancen für langes Leben bei guter Gesundheit und optimaler Betreuung in einem ökologisch gesunden Umfeld. Hier wären zahlreiche Ansätze für neue Arbeitsplätze. Teilhabe kann durch Formen direkter Demokratie geschaffen werden, positive Beispiele (Schweiz) gibt es ja hinreichende.

»Klingt gut und wäre eine Gesellschaft, in der man gern leben möchte, aber wie schafft man den Einstieg in konkrete Programmatik, wenn man nicht warten will, bis der gesellschaftliche Transformationsprozess zu Wahlergebnissen von 50%+x für die Linke führt?«

Brauchen wir überhaupt noch Par-

teien, wenn politische Teilhabe durch direkte Demokratie in den Vordergrund rücken soll?

Haben die handelnden Personen vor Ort die Kompetenz oder können sie diese erwerben, um dem Anspruch der Verlagerung von Entscheidungen auf die unteren Ebenen gerecht zu werden?

Ist die Bevölkerung reif genug, per Volksentscheid die Politik mitzubestimmen oder gibt es nicht auch große Risiken? (Siehe Minarettentscheidung in der Schweiz.)

Wie sollen gesellschaftliche Mehrheiten gewonnen werden, wenn statt des Primats der Politik über die Wirtschaft derzeit die umgekehrte Form der Wirklichkeit entspricht?

Viele Fragen, die an einem Abend nicht alle abschließend ausdiskutiert werden konnten. Sie zeigen aber die Notwendigkeit gerade für die jüngere Generation, sich mit diesen Dingen auseinanderzusetzen. So weiterwursteln wie bisher geht eben angesichts zusehends knapper Ressourcen und ihres Konfliktpotenzials für Umwelt und Frieden auf unserer Erde auch nicht.

Der Atomkonzern E.On räumt inzwischen ein, dass neue Atomkraftwerke nur mit Hilfe »staatlicher Stütze« errichtet werden können: »Ohne Staatskohle keine Kernkraft«, erklärte ein hochrangiger E.On-Manager gegenüber der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung« (FAS, Ausgabe vom 7. Februar 2010). Auch eine Analyse der Citibank kam 2009 zu dem Ergebnis, dass neue Kernkraftwerke unwirtschaftlich sind.

Damit bestätigen inzwischen Banken und die Atomindustrie die Kritik von Atomkraftgegnern wie der IPPNW, dass neue Atomkraftwerke allenfalls mit Hilfe von massiven Staatssubventionen, staatlichen Billigkrediten, Staatsbürgschaften (Hermes-Bürgschaften) und Strompreisgarantien realisiert werden können. Sie bestätigen ferner, dass noch nie in der Geschichte der Branche ein privates Unternehmen das komplette kommerzielle Risiko für Bau und Betrieb eines Atommeilers übernommen hat. Die beiden deutschen Energieriesen RWE und E.On – voller Aufbruchsstimmung – gründeten deshalb vor einem Jahr ein Gemeinschaftsunternehmen, das in England sechs Kernkraftwerke errichten und betreiben soll, falls es den Zuschlag bekommt. Doch inzwischen haben die Kaufleute der Konzerne einmal nachgerechnet,

»Ohne Staatskohle keine Kernkraft«

ob sich so ein Kernkraftwerk überhaupt bezahlt macht. Nach Informationen dieser Zeitung sind die Controller jetzt zu einem Ergebnis gekommen, das sich in dürren Worten so zusammenfassen lässt: ökonomisch nicht darstellbar.

Die schärfste Analyse liefert die Citibank, die nicht im Verdacht steht, Teil der Anti-AKW-Bewegung zu sein. Im November des vergangenen

Jahres veröffentlichten Analysten der Citibank eine Studie unter dem knackigen Titel »New Nuclear - The Economics say no« (Neue Kernkraft - Die Ökonomie sagt nein).

Die Banker spießten unter anderem das finnische Projekt auf, um dann grundsätzlich zu werden: »Wenn bei Investitionssummen in dieser Höhe ein Bauprojekt aufs Schlimmste falsch läuft, kann es

die Finanzkraft selbst der größten Energieversorger beschädigen.

Börsennotierte Energieversorger scheuen das Risiko nahezu zwangsweise. Sie haben eines gelernt: Zuverlässig Geld bringen die Reaktoren erst nach 30 Jahren, wenn sie weitgehend abgeschrieben sind.

Das ist auch das geradezu groteske Ergebnis der Befreiung der Energiemärkte: Die Privatisierung der Branche und die Liberalisierung des Stromwettbewerbs verhindern den Bau aufwendiger Kraftwerke, vor allem aber von Atomkraftwerken. »Alle Modelle, bei denen ein privater Betreiber das komplette Risiko des Kernkraftprojektes übernimmt, sind zum Scheitern verurteilt«, verrät ein hoher E.On-Manager, der flapsig ergänzt: »Ohne Staatskohle keine Kernkraft.«

Kein Wunder, dass RWE jüngst aus dem Bauprojekt im bulgarischen Belene ausgestiegen ist, der deutsche Stromversorger wollte das finanzielle Risiko nicht aushalten.

Für die Atomindustrie sind die Erkenntnisse so neu nicht, weil noch nie in der Geschichte der Branche ein privates Unternehmen das komplette kommerzielle Risiko für Bau und Betrieb eines Atommeilers übernommen hat. So beschränkt sich die Renaissance der Kernkraft auf Länder, in denen staatliche Betreiber oder Geldgeber das Risiko tragen.«

Rosa-Luxemburg-Veranstaltungshinweise

April

Dienstag, 13. April 2010, 18 Uhr, Vereins- und Familienzentrum »Störtal« 19079 Banzkow

Landwirtschaft und ländliche Räume mit Zukunft?!

Es wird ernst in den Dörfern und kleinen Städten: Schulen werden geschlossen, Buslinien eingestellt, die Jugend wandert ab. Das ist die Realität in vielen ländlich geprägten Regionen und das Ergebnis, wenn sich Politik auf die Städte und Metropolen konzentriert. Aber es geht auch anders. Welche Ideen DIE LINKE für die Dörfer hat und wie den ländlichen Räumen eine lebenswerte Zukunft gegeben werden kann, das erläutert Dr. Kirsten Tackmann, Mitglied des Bundestages und agrar-politische Sprecherin ihrer Fraktion, im Gespräch mit Prof. Dr. Fritz Tack, dem agrarpolitischen Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern.

Eine gemeinsame Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Kreisbauernverband Parchim und der Agrarproduktivgenossenschaft Banzkow-Mirow eG.

Donnerstag, 22. April 2010, 18 Uhr, Schleswig-Holstein-Haus, Puschkinstr. 12, 19053 Schwerin

Pax sovietica - Stalins Politik zur Zerschlagung des Hitlerregimes sowie das Großmachtstreben im Rahmen alliierter Friedenssicherung

Der Berliner Historiker Prof. Rolf Badstübner im Gespräch mit dem Autor und wissenschaftlichen Mitarbeiter des Zentrums für Zeithistorische Forschungen Potsdam Dr. Jochen Laufer über dessen jüngst erschienen Buch.

Eine Veranstaltung zum 65. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus.

LESUNG ZUM FRAUENTAG

Anlässlich des Internationalen Frauentags hatte Helmut Holter am 8. März zu einer Lesung im Stadtteiltreff »Eiskristall« eingeladen. Knapp 40 Frauen sind seiner Einladung gefolgt und lauschten Familiengeschichten von Kishon und weiteren literarischen Anekdoten. Für das leibliche Wohl sorgten die Frauen vom »Eiskristall« mit leckerem selbstgebackenen Kuchen und Kaffee. Selbstverständlich wurde auch mit einem Glas Sekt angestoßen. In gemütlicher Runde wurde gefeiert. Weitere Höhepunkte waren spontane Tanz- und Gesangseinlagen zu Akkordeonklängen. Sie waren als ein musikalisches Geschenk der Männer gedacht. R.J.



Helmut Holter liest für die Frauen im »Eiskristall«

Als Mitglied der Partei DIE LINKE beteilige ich mich natürlich aktiv an der Programmdiskussion und setze auf eine tiefgründige Analyse der nationalen und internationalen gesellschaftlichen Verhältnisse, die entscheidend durch den Interessenantagonismus geprägt sind – insbesondere den zwischen der Finanzoligarchie und den Massen, die im Wesentlichen über kein gewinnbringendes Eigentum verfügen. Daraus sollte eine Strategie der Dialektik von Tagesfragen, mittel- und langfristigen Aufgaben in Anlehnung an Rosa Luxemburgs Auffassung von Reformen und Revolution entwickelt werden. Damit würde vor allem dem Pragmatismus, der sich meist nur auf kurzfristige Aufgaben taktischer Natur beschränkt (Verbesserung des Kapitalismus), der Nährboden entzogen werden. Der Pragmatismus als theorielose Ideologie und Quelle der Beliebigkeit (wider den Pluralismus) sowie seiner Gefahr als Enthimung der Partei wäre entscheidend getroffen. Der Sozialismus ist eine Wissenschaft (Engels) und sollte als solche praktiziert werden. Die Macht- und Eigentumsfragen

Strategievorschläge zur PROGRAMMDEBATTE

sollten in ihrem Prozesscharakter dargestellt werden und in der Überwindung des antagonistischen Kapitalverhältnisses. Hierbei sollte »keine Demokratie ohne Sozialismus« (Luxemburg/Lafontaine) eine wichtige Rolle spielen. Gleiches gilt auch für die Hervorhebung des qualitativen Unterschieds zwischen sozialistischer und bürgerlicher Demokratie. Unter diesem Aspekt ist der »Dritte Weg« als untauglich zu deklarieren. Allen Versuchen eines Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus als nur Beschaffer von Mehrheiten und eines fast nebulösen Hinüberwachsens zum Sozialismus muss widersprochen werden. Sie erfassen das Wesen der Kapitalherrschaft nicht und lenken so die Menschen auf ein unverantwortliches gefährliches Abenteuer (siehe Chile). Die Systemfrage ist explizit als Überwindung des Kapitalismus und Schaffung des Sozialismus zu

stellen. Ein Sozialismusbild ist zu skizzieren auf der Grundlage der oben genannten Gewichtungen großer Menschengruppen und die Rolle der Menschen als Gestalter ihrer Verhältnisse. Wir sind trotz aller Fehler Erben der SPD, KPD und SED und stehen trotz aller Deformationen in der Traditionslinie der Pariser Kommune, der Oktober- und Novemberrevolution und der DDR, ebenfalls in der des Kampfes gegen die faschistische Diktatur sowie kapitalistischen Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse der BRD. Hiermit verfügen wir über einen reichen Erfahrungsschatz zur Bündelung der Kräfte auf der Grundlage des Pluralismus im Kampf gegen die jetzigen Macht- und Eigentumsverhältnisse. Die objektiven Prozesse der Globalisierung und das expansive Machtstreben der herrschenden Kapitalkräfte, sich diese für die Profitmaximierung bei radikaler Verstärkung

der Naturrisiken unterzuordnen, erfordern eine zielgerichtete Orientierung unserer Partei auf den Internationalismus. Dabei sollte die Solidarität mit den Ausgebeuteten und Unterdrückten, der antiimperialistische Kampf und nicht zuletzt unsere Verankerung als Teil der weltweiten Bestrebungen für eine andere, bessere Welt mit sozialistischer Perspektive Wesenszüge des Internationalismus sein. Den gegenwärtigen revolutionären Bewegungen im lateinamerikanischen und asiatischen Raum, von denen besonders erfolgreiche Länder weiter auf den ideologischen Grundlagen von Marx und Lenin agieren, ist im Interesse unserer sozialistischen Strategie und Taktik verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken. Die Gleichberechtigung der Frau sollte im Sinne Clara Zetkins programmiert werden: Die Befreiung der Frau wie des ganzen Menschengeschlechtes wird ausschließlich das Werk der Emanzipation der Arbeit vom Kapital sein. Nur in der sozialistischen Gesellschaft werden die Frauen wie die Arbeit in den Vollbesitz ihrer Rechte gelangen. Karl Scheffsky, Schwerin

Vom 26. bis 28. Februar fand in der antifaschistischen Erholungs- und Begegnungsstätte »Heideruh« die Nordkonferenz der VVN/BdA statt. Neben Fragen zur Friedenspolitik und des deutschen Militarismus im Inneren der Bundesrepublik war das Thema »Musik der Nazis« der Schwerpunkt dieser Konferenz. Der Referent Christian Waclawczyk ging auf die vier Grundsäulen der Ideologie der Neonazis ein: Nationalismus, Sozialdarwinismus, Ethnopluralismus (»Kulturen zu mischen heißt Un-

Hochinteressante Nordkonferenz



tergang«) und Relativismus/Antisemitismus. Anhand dieser Ideologiekennnisse nahmen die Konferenzteilnehmer gemeinsam Texte der Nazimusiker auseinander. An Beispielen vorgeführter einschlägiger Musikstücke konnte festgestellt werden, dass die neue Welle der rechten Musik sanftere Töne mit Inhalten auf der Grundlage der oben erwähnten vier Säulen mischt. Eben Musik für »Nadelstreifen-Rechte«. Es war eine hochinteressante Nordkonferenz. Michael Strähz

Michael Strähz



Generalstreik in Berlin, 13. März 1920. Der machtvolle Generalstreik von etwa zwölf Millionen Werktätigen fegte nach drei Tagen die Kapp-Putschisten hinweg.

Aus »120 JAHRE DEUTSCHE ARBEITERBEWEGUNG«

Kapp-Putsch vor 90 Jahren abgewehrt

Vor 90 Jahren wurde der reaktionäre Kapp-Putsch konservativ-monarchistischer Kräfte durch einen Generalstreik erfolgreich abgewehrt. Bis heute gibt es Versuche, die Rolle der militanten Freikorps schönzureden.

Es geschah in den Tagen vom 13. bis 17. März 1920. Gestützt auf Teile der Reichswehr unter dem Befehl des Generals Lüttwitz in Berlin und Freikorps, wie der »Marinebrigade Erhardt«, versuchten extrem reaktionäre Kräfte unter der Führung von Generallandschaftsdirektor Kapp, die Macht in Deutschland an sich zu reißen. Das Ziel der Putschisten war die Beseitigung der ihnen verhassten »Weimarer Republik« und mit ihr der Demokratie. Die Erfüllung der Versailler Verträge sollte so verhindert werden, insbesondere die hierin geforderte Auflösung

der Freikorps. Die Reaktionäre beschworen damit kurze Zeit nach Kriegsende zugleich die Gefahr einer Wiederaufnahme der Kriegshandlungen durch die Alliierten des Ersten Weltkrieges.

Während die Reichswehr sich weigerte, gegen die Putschisten vorzugehen, erzwangen schließlich Massendemonstrationen, Arbeiteraufstände und ein Generalstreik das Scheitern der Machtübernahme durch die Rechtsextremen. In Mecklenburg-Schwerin wurde die demokratisch gewählte Regierung von Kapp-Anhängern verhaftet und an ihre Stelle eine Regierung unter dem Putschisten Dr. Wendehausen eingesetzt.

Zum Kampf gegen die rechtsradikalen Meuterer bildeten Vertreter von SPD, USPD, KPD und Gewerkschaften »Aktionsausschüsse«, die den Kampf gegen die Kappisten

erfolgreich leiteten. Zu den Maßnahmen der Verteidiger der Republik gehörten Generalstreik, Demonstrationen, die Besetzung wichtiger Einrichtungen und Behörden und die Beschlagnahme illegaler Waffenlager mit Hilfe von Arbeiterbataillonen in einer Stärke von insgesamt etwa 10.000 Personen allein in Mecklenburg. So wurden beispielsweise bei Katelbogen 700 als »Zeitfreiwillige« aufgestellte reaktionäre Rostocker Studenten und Offiziere von den Arbeiterbataillonen nach kurzem Gefecht verhaftet. Mit welchen Mitteln die Reaktion gegen Demokraten vorging, wurde am 14. März 1920 in Schwerin deutlich: Kapp-Anhänger erschossen auf einer Demonstration gegen den Putsch 14 Zivilisten, darunter zwei Frauen. Doch die Kraft der vereint agierenden Demokraten war schließlich

stärker. Am 17. März mussten die Putschisten aufgeben. Genau ein Jahr nach dem Putsch siegte bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin die SPD. Gemeinsam ergriffen die erfolgreichen Demokraten mit der Landesregierung Maßnahmen, um erneute Putschversuche zu verhindern. Unter Führung von Ministerpräsident Johannes Stelling und des ihm unterstehenden Chefs der Ordnungspolizei Oberst Lange wurden Waffenlager der Rechtsradikalen ermittelt und beschlagnahmt. Zugleich wurde die Arbeit rechtsradikaler Organisationen eingeschränkt und später verboten. Der Traum der Demokratiefeinde von einer »Armee« gegen die Republik erfüllte sich ebenso wenig wie der zwei Jahre später erfolgte Hitler-Putsch. Das konsequente Handeln der Demokraten hatte nicht nur die Republik gerettet, sondern auch gezeigt, dass Verbote gegen die Feinde der Demokratie ein wirksames Mittel für den Rechtsstaat sein können.

Diese Konsequenz wäre heute auch gegenüber der verfassungswidrigen NPD notwendig, die die Demokratie abschaffen will und gern die Geschichte in ihrem Sinne umschreibt, etwa mit einem Antrag im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns zur Darstellung der vermeintlichen Leistungen der Freikorps gegen die »bolschewistische Gefahr« im Unterricht der Schulen in bewährter Feindbildmanier. Vom Schutz der Republik durch die Demokraten gegen die Putschisten war da kein Wort. »Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch«, heißt es völlig zutreffend bei Bertolt Brecht!

Joachim Aust

Versprochen ist versprochen

Im letzten Jahr besuchte Helmut Holter die Einrichtung »Frauen im Zentrum«. Der dort ansässige Frauenverein »Klara« e.V. betreut vergewaltigte Frauen und Mädchen und organisiert »Frauen lernen mit Frauen am PC«. Leider war die technische Ausstattung sehr veraltet. Helmut Holter versicherte, sich um neue Computer zu kümmern. Dieses Versprechen wurde nun am 24. Februar eingehalten. Marianne Kriebisch und Edeltraut Liedke vom »Klara“-Vereinsvorstand nahmen zwei neue Computer mit kompletter Ausstattung im Datenverarbeitungszentrum von Geschäftsführer Hubert Ludwig und Volker Sonntag von der Firma Aura, die die Computer stiftete, entgegen. Auch wurden die Lieferung und die Installation der Geräte zugesagt. Die Frauen bedankten sich bei Helmut Holter und betonten, dass es sie freut, dass es Politiker gibt, die ihre Versprechen auch halten.



Übergabe der Computer an die Frauen von »Klara« e.V.

Gemeinsam kämpfen heißt siegen lernen

Am 20. und 21. Februar besuchten wir, Mitstreiter der Basisorganisation Aufbruch LINKS, die Basisorganisation »Springe-Wennigsten« im Kreisverband DIE LINKE Region Hannover. Vor etwa zehn Wochen sind uns die Hannoveraner im Internet als eine aktive Parteigruppe, vor allem im sozialen Bereich, positiv aufgefallen. Seither entwickeln wir Kontakte zwischen unseren Basisorganisationen. Schließlich lud uns die Basisorganisation »Springe-Wennigsten« zu sich nach Hannover zu ihrer Kreismitgliederversammlung ein. Auf der dortigen Kreismitgliederversammlung stritten etwa 140 Mitglieder um die Satzung für die Region Hannover. Auffällig war ein hoher Anteil an intellektuellen unter den Teilnehmern. Es ging sehr chaotisch zu. Hin und wieder sprangen Leute auf die Bühne und gaben, ohne Mikrofon, Erklärungen ab. Schließlich wurde die Satzung beschlossen und es war deutlich eine große Aufbruch-Stimmung im ganzen Kreisverband zu spüren. Das macht uns zuversichtlich für einen Kreisverband, in dem die Vereinigung zweier Par-

teien viel größere Ausmaße hat als bei uns in Schwerin. Wir wünschen unseren Genossinnen und Genossen in der Region Hannover alles Gute und viel Erfolg. Von der Basisorganisation »Springe-Wennigsten« wurden wir sehr offenherzig aufgenommen. Wir haben in Springe, einer Stadt mit etwa zehntausend Einwohnern ganz in der Nähe von Hannover, eine hochinteressante, leidenschaftlich kämpfende Basisorganisation kennenlernen dürfen. Der Bahnhof in Springe ist fest in der Hand unserer Partei. Unmittelbar am Bahnhof haben sie eine Autogarage als ihr Domizil gemütlich hergerichtet. Bei schönem Wetter öffnen sie ihre Garage für Feten, teilweise auch mit einer Musikband. Zwischen Straßenzaun und der umgestalteten Autogarage haben sie einen Schaukasten für die Veröffentlichung politischer Ansichten und Veranstaltungstermine aufgestellt. Es versteht sich von selbst, dass der Bahnhof in Springe im Wahlkampf traditionell von Linkspapen umgeben ist. Die politische Arbeit der Basisor-

ganisation »Springe-Wennigsten« ist etwa mit der von Aufbruch LINKS vergleichbar, und auch ihre politischen Ansichten decken sich weitgehend mit unseren. Ähnlich wie wir haben auch die Mitglieder der BO »Springe-Wennigsten« das Thema »Bedingungsloses Grundeinkommen« für sich entdecken können. Die Mitglieder der BO »Springe-Wennigsten« haben Biographien, wie sie unterschiedlicher nicht sein können. Trotzdem, oder gerade deshalb, ist unter ihnen ein großer Zusammenhalt erkennbar. Mit Freude nahmen wir zur Kenntnis, dass einige von ihnen uns ebenfalls zu unserem Kreisparteitag in Schwerin besuchen wollen. Viele Formen von Zusammenarbeit eröffnen sich. Im nächsten Jahr sind in Niedersachsen Kommunalwahlen. – Ist doch naheliegend, dann ganz Springe zum Bahnhof zu machen, oder? Ach ja, einen Ost-West-Konflikt haben wir weit und breit nicht erkennen können. Gemeinsam kämpfen heißt siegen lernen. Darum geht's.

Annika Geyer und Torsten Müller

Herzliche Glückwünsche



Die BO 605 gratuliert nachträglich dem Genossen Tobias Mangelsdorf zu seinem 39. Geburtstag, den er am 9. März beging. Die Genossin Sigrid Gabler feiert am 25. März 2010 ihren 70. Geburtstag; ihre BO wünscht ihr alles Gute, vor allem Gesundheit. Der Genosse Martin Gabler hat am 28. März seinen 73. und der Genosse Stefan Templin am 27. März seinen 26. Geburtstag. Auch sie erhalten von der BO 605 herzliche Glückwünsche.

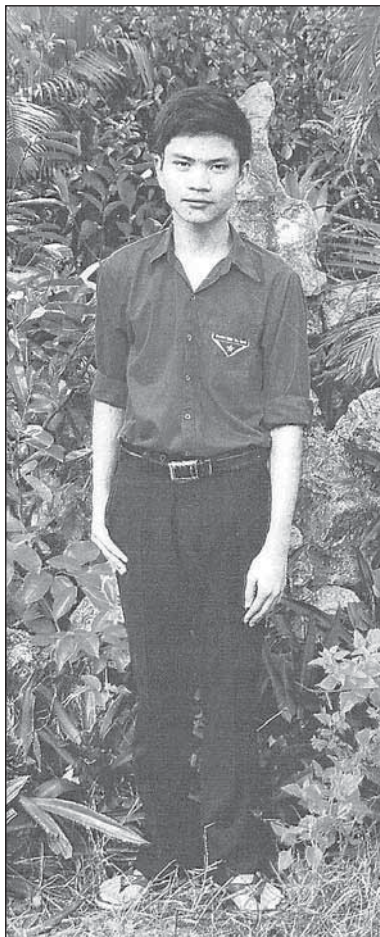
Die Basisorganisation 120 gratuliert recht herzlich Genossin Lisa Schümann am 29. März zu ihrem 82. Geburtstag. Glückwünsche erhalten von ihrer Basisorganisation am 15. März zum 81. Geburtstag Genossin Edith Brückner, am 16.03. Genossin Anna Brill zum 75. und am 18. März Genossin Anni Schlechtendahl zum 82. Geburtstag. Alles erdenklich Gute zum Geburtstag.

Glückwünsche zum Geburtstag erhalten nachträglich Genosse Wolfgang Haupt (3. März), Genosse Wolfgang Kunze (10. März), Genosse Günther Krebs (15. März), Genosse Horst Wehmann (15. März) und Genosse Torsten Kath (17. März) von den Genossinnen und Genossen ihrer Stadtteilorganisation. Die Stadtteilorganisation Friedrichsthal gratuliert nachträglich Genossen Horst Elle recht herzlich zum Geburtstag. Am 22. März begeht Genosse Walter Behn seinen 82. und am 30. März Genosse Frank Hinzpeter seinen 72. Geburtstag. Dazu die allerbesten Wünsche von den Genossinnen und Genossen ihrer Basisorganisation. Die Basisorganisation 206 in Lankow gratuliert ihrem langjährigem Mitglied Ferdinand Kluth zum 88. Geburtstag, den er am 8. April begehen wird. Lieber Ferdinand, wir wünschen Dir alles erdenklich Gute und danken Dir für Deine bisherige geleistete Mitarbeit, auch als jahrelanger Basisvorsitzender.

Solidarität bereitet Freude

Die AG Senioren hat seit 2005 ein Patenkind in Vietnam. Jedes Jahr werden durch SODI (Solidaritätsdienstinternational e.V.) 100 Euro persönlich für eine gute Schulbildung überreicht. Der Vater verunglückte bei der Arbeit. Die Mutter arbeitet für zwei Kinder und die Oma. Nguyen, unser Patenkind, bedankt sich mit seinem Zeugnis der 10. Klasse. Das Ergebnis lautet: Ausgezeichnet in allen Bereichen. Er möchte später seine Familie unterstützen. Seine Zeugnisse bieten eine gute Voraussetzung für die Berufsausbildung. Vermittler dieser Patenschaft war unser Genosse Karl-Heinz Werther, der als Minenräumer in Vietnam arbeitete und für seine gute Arbeit ausgezeichnet wurde.

Hilde Parchmann
AG Senioren



BUCHTIPP

STADT – LAND – RECHTS

Brauner Alltag in der deutschen Provinz von Friedrich Burschel (Hrsg.)

Im ländlichen Bereich vollzog sich die Metamorphose von randständigen Gruppierungen ohne politische und kulturelle Wirkung hin zu einer Etablierung und Integrierung im Alltagsleben. Neonazis haben soziale Netzwerke aufgebaut, die alle Bereiche des Lebens umfassen, sie engagieren sich im örtlichen Vereinsleben, übernehmen Ehrenämter, wirken an öffentlichen Veranstaltungen und in Bürgerinitiativen und an kommunalen Projekten mit, organisieren Kinder- und Jugendarbeit, bringen sich in Elternbeirat und Kindergartenvorstand ein und tragen zum kulturellen Leben bei, leisten gemeinnützige Arbeit und geben den engagierten, guten Bürger. Diese Unterwanderungsstrategie trägt Früchte, mittlerweile 250 bis 300 kommunale rechtsextreme Abgeordnete sitzen in Gemeinde und Stadträten bzw. Kreistagen. Gleichgewichtige Elemente neben der braunen Graswurzelstrategie sind die politische Gewalt durch Neonazis und eine latente Bedrohungssituation, die dazu führen, dass Menschen Regionen verlassen, die hier für eine Kultur der Weltoffenheit und Freiheit eintreten könnten.

Reihe: Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 63, Berlin: Karl Dietz Verlag 2010, ISBN 978-3-320-02201-3, 192 Seiten, Broschüre

Die nächste Ausgabe erscheint am **16. April 2010**

DIE LINKE. Schwerin - Kreisgeschäftsstelle
Martinstraße 1/1a – 19053 Schwerin
Tel.: 0385 / 7587454